

Pleiten, Pech und Pannen oder die Politik als Innovationshemmnis

Während die falschen Weichenstellungen bei der Sozialgesetzgebung und in der Gesundheitsreform „lediglich“ Steuergelder verschlingen, haben andere Fehlentscheidungen gravierende Auswirkungen auf die künftige Entwicklung unseres Landes. An erster Stelle wäre da die Energiepolitik zu nennen, die gegenwärtig von einer Gemengelage aus ideologischen Dogmen und schlicht illusionären Annahmen beherrscht wird.

Das Haupthemmnis für eine zukunftsfähige Ausrichtung unserer Energiepolitik ist die zum Glaubenssatz zementierte Hypothese, wonach es eine Menschen gemachte globale Erwärmung gäbe, die mit allen Mitteln, koste es, was es wolle, bekämpft werden muss. Im so genannten Kyotoabkommen ist diese Hypothese zum internationalen politischen Dogma festgeschrieben worden, dem sich außer den USA kaum noch ein Land entzieht.

Es hilft nicht, dass die so genannte „Hockeyschlägerkurve“ von Michael Mann, die zeigt, dass die Industrialisierung seit dem 19. Jahrhundert einen Temperatursprung ausgelöst hat, der in den 1.000 Jahren vorher ohne Beispiel ist, von renommierten Fachzeitschriften als statistisches Artefakt entlarvt wurde. Es hilft nicht, dass fossile Holzkerne belegen, dass im Hochmittelalter die Durchschnittstemperatur wesentlich höher lag als heute. Alte Baumreste oberhalb der Schneegrenze zeigen, dass die Alpen in den letzten 10.000 Jahren überwiegend eisfrei waren, der gegenwärtige Rückzug der Gletscher also nur eine Rückkehr zu früheren Zuständen bedeutet. Es hilft nicht, dass Geologen und Astrophysiker klar belegen können, dass Klimaänderungen auf der Erde fast ausschließlich auf Schwankungen der Sonnenaktivität und der kosmischen Strahlung zurückgehen.

Man wird derzeit kaum eine politische Mehrheit finden, die bereit ist, sich mit diesen wissenschaftlichen Fakten auseinander zu setzen. Die stalinistische Hybris von der Beherrschbarkeit der Natur durch den Menschen feiert ihre demokratische Auferstehung in der Vorstellung von der politischen Beeinflussbarkeit des Wetters. Wer Zweifel anmeldet, wird als Klimasünder gebrandmarkt, ein Stigma, das fast zum gesellschaftlichen Außenseiter macht.

Daher werden sich kaum Politiker finden, die bereit sind, eine Umsteuerung in der Energiepolitik vorzunehmen, oder wenigstens erst einmal zu thematisieren, dass es keine „Klimapolitik“ geben kann, weil sich das Wetter jeglicher politischen Beeinflussung entzieht.

Ein zweiter wichtiger Grund für die notwendige Umsteuerung ist, dass die europäische Klimapolitik auf eine ernste Glaubwürdigkeitskrise zusteuert. Zwar wird gern amerikanischer Präsident George W. Bush zum klimapolitischen Buhmann gemacht, weil er sich nach wie vor weigert, dem Kyotoabkommen beizutreten, gleichzeitig wird aber immer deutlicher, dass die EU ihr bescheidenes Reduktionsziel von acht Prozent unter keinen Umständen erreichen wird. Im

günstigsten Fall kann im vertraglich vereinbarten Zeitraum eine Reduktion der Treibhausgase um ein Prozent erwartet werden.

Angesichts der inzwischen Hunderten von Milliarden Euro Ausgaben, ist das ein mehr als bescheidenes Ergebnis. Das Geld, das in die illusionäre Klimapolitik gesteckt wird, fehlt für die wirklichen Zukunftsaufgaben wie Infrastruktur, Forschung und Entwicklung der Bildungspolitik.

Die einzigen einigermaßen Kyoto-konformen Länder in Europa sind das von wirtschaftlicher Stagnation befallene Deutschland und Frankreich. Sollte es gelingen, diese beiden auf einen wirtschaftlichen Wachstumspfad zu bringen, kann man die Kyotoziele für Europa ganz vergessen und muss damit rechnen, vom weltweiten Emissionshandel ausgeschlossen zu werden. Der ist zwar nicht viel mehr als ein Handel mit heißer Luft und von daher eher ein Schildbürgerstreich, aber wenigstens ist er vergleichsweise kostengünstig.

Leider ist das „Europäische Emissionshandelsschema“ ETS inzwischen so fest in der Hand von EU-Bürokraten, dass eine Korrektur auf kurze Sicht aussichtslos scheint, denn die setzte eine Einsicht über die weitgehende Unwirksamkeit der so genannten „Klimaschutzinstrumente“ voraus. Da ist die Befürchtung realistischer, dass weitere Milliarden in den Klimaschutz gepumpt werden.

Der Kyotoprozess liegt längst im Koma, dennoch lässt die Politik ihn nicht sterben. Das „historische“ Ergebnis der Weltklimakonferenz von Montreal im Dezember 2005 besagt, dass alle künftigen Klimaverhandlungen ohne Fristsetzung, ohne konkrete Ziele und ohne verbindliche Verpflichtungen auskommen müssen. Das ist das stillschweigende Einverständnis, dass die größten Verfechter des Klimaschutzes zugleich die größten Versager bei der Einhaltung des Abkommens sind. Warum wird dennoch daran festgehalten?

Der Klimaschutz dient der politischen Klasse längst als Legitimation ihrer Daseinsberechtigung. Sie kann sich als Beschützer der Menschheit und Bewahrer der Schöpfung aufspielen. Die permanente Sorge um das Weltklima verdeckt das Versagen der Politik vor den wirklichen Problemen. Wenn man wie Umweltminister Gabriel den Klimawandel zur „zentralen Herausforderung des 21. Jahrhunderts“ erklärt, ist das eine moralische Argumentationskrücke, mit der man jeden Widerspruch niederschlagen kann. Wenn Deutschland auch in Zukunft „eine führende Rolle im Klimaschutz“ spielen soll, hat sich Herr Gabriel schon mal verbal einen Platz unter den führenden Politikern der Welt zugewiesen, ohne eine praktische Leistung dafür zu erbringen. Es enthebt ihn auch der Notwendigkeit einer kritischen Revision der Gesetzeslage im Energie- und Umweltbereich.

So wird uns auf absehbare Zeit auch das so genannte „Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erhalten bleiben, das offenkundige Ungereimtheiten aufweist. Dazu gehört der im Gesetz festgelegte absolute Vorrang von Strom aus erneuerbaren Energiequellen bei der Netzeinspeisung. Das hat schon in einigen Fällen dazu geführt, dass wirklich umweltfreundlich erzeugter Strom aus der „Kraft-Wärme-Kopplung“ (KWK) wegen regionaler Netzüberlastung durch

Windkraftanlagen abgewiesen werden musste. Wenn man noch weiß, dass die Windkraftanlagen bei ihrer Herstellung mehr CO₂-Emissionen verursachen als sie während ihrer gesamten Laufzeit reduzieren helfen, bekommt man eine Vorstellung davon, wie viel Schaden ideologisch gesteuerte Politik heute immer noch anrichtet.

Die Zeche zahlt wie immer der Steuerzahler, der für alles aufkommen muss. Von Forschungsanlagen abgesehen gäbe es ohne die exzessive steuerliche Förderung heute keinen einzigen Windpark, denn sie sind alle wirtschaftlich unrentabel. Das trifft übrigens auf alle erneuerbaren Energien zu. Besonders unwirtschaftlich ist Photovoltaik, die ökonomisch nur in Ländern mit viel Sonne betrieben werden kann. Seit dreißig Jahren hat hier die Forschung keinen Durchbruch gebracht.

Trotzdem will auch die Regierung Merkel mehr als 20 Milliarden Beihilfe den Solarstromproduzenten gewähren. Bis zum Jahr 2018 wird, wenn diese Entwicklung ungebremst weitergehen sollte, der Solarstrom die Windkraft als größter Empfänger von Subventionen gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ablösen. Eine neue Weichenstellung in der Energiepolitik ist damit vorläufig nicht zu erkennen. Mehr noch: wo exzessiv gefördert wird fehlen die Anreize, das Produkt zu verbessern, weil es auch so genügend Absatz findet

Wer glaubt, dass wenigstens die Energieerzeugung aus Biomaterial eine wirtschaftliche Alternative sei, befindet sich leider auch auf dem Holzweg. Ohne steuerliche Förderung keine Produktion von Biogas und Biodiesel. Weil die Politik aber zu feige war, die Förderung wie angekündigt wirklich ersatzlos auslaufen zu lassen, hat sie statt dessen eine Zwangsbeimischung von Biodiesel unter das Erdölprodukt verordnet. Der Verbraucher merkt nichts davon - außer am Geldbeutel, denn er muss nun direkt den unwirtschaftlichen Biodiesel unterstützen, ohne die Wahl zu haben. In Zeiten ohnehin steigender Spritpreise stellt dies eine weitere verdeckte Belastung für die Bürger dar. Auch ohne preistreibende politische Beimischungen verdient hauptsächlich der Staat am Benzin, durch reguläre-, und Ökosteuer, und es ist kaum zu hoffen, dass die Regierung Merkel das ändert.

Das zweite große Hindernis für eine zukunftsfähige Energiepolitik ist der beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie, durchgesetzt ausgerechnet von den Grünen, die, würden sie ihre Klimaschutzziele wirklich ernst nehmen, für den Ausbau von Atomenergie im großen Maßstab eintreten müssten. Keine andere Energieerzeugungsart trägt wie diese zur Reduktion von Treibhausgasen bei. Daneben ist sie zur Zeit die einzige realistische Alternative, sich von Erdöl und Erdgas weitgehend unabhängig zu machen. Was es bedeutet, von Diktatoren abhängig zu sein, haben die Erdölstaaten schon mehrmals und Präsident Putin im letzten Winter eindrücklich demonstriert.

Weder das, noch die stetig steigenden Energiepreise, die inzwischen zum zweitgrößten Kostenfaktor für deutsche Unternehmen geworden sind, haben bislang zu einer Lockerung der mentalen Blockade der Kernenergie in Deutschland geführt. Kanzlerin Merkel könnte hier den entscheidenden Schritt

tun. Als Umweltministerin hatte sie eine bemerkenswert unabhängige Haltung in der Atomenergiefrage demonstriert. Sie sollte sich jetzt als Kanzlerin vom Koalitionspartner nicht den Schneid abkaufen lassen und klarmachen, dass sie für eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken eintritt. Schon aus volkswirtschaftlichen Gründen ist die Abschaltung funktionierender Kraftwerke reiner Wahnsinn. Denn langsam dämmert allen, außer den Grünen, dass die „Erneuerbaren Energien“ und alle Energieeinsparmaßnahmen zusammen die Atomenergie nicht ersetzen können.

Gegen eine Verlängerung der Laufzeiten oder gar den weiteren Bau von Kernkraftwerken wird immer wieder ins Feld geführt, die Bevölkerung würde das niemals akzeptieren. Allerdings ist eben jene Bevölkerung, die in den 50er und 60er Jahren durchaus nichts gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie hatte, durch zwei Jahrzehnte der Verteufelung der Atomenergie dazu gebracht worden, die sichersten Kraftwerke der Welt abzulehnen. Durch geduldige Aufklärung ließe sich die derzeitige Ablehnung wieder überwinden. Ein offenes Wort über die Energieperspektiven des Landes und die gangbaren Alternativen wären ein notwendiger erster Schritt.

Unbedingt auf den Prüfstand gehört die bei Politikern und Verbrauchern weit verbreitete Meinung, nur teure Energie sei gute Energie, weil sie zum Sparen und damit zum Schonen kostbarer Ressourcen zwänge. Diese Ansicht ist aus ökonomischer Sicht geradezu absurd, denn als Grundstoff der Wirtschaft kann Energie nicht billig genug sein, vor allem, wenn die Personalkosten zu den höchsten der Welt gehören.

Das allseits so gelobte Energiesparen ist, zumindest was den Bau von Gebäuden angeht, mit Vorsicht zu genießen, weil dabei allzu oft bauphysikalische Erfahrungen außer Acht gelassen werden. In Deutschland entsteht zur Zeit eine ganze Generation von über Gebühr gedämmten Gebäuden, die ungesund sind, weil sie mit Schimmelpilzsporen belastet sind. Eines nicht allzu fernen Tages werden sie ähnliche Probleme bereiten, wie die Asbestbauten der 70er Jahre.

Wenn die Verbindung „teurer Strom ist guter Strom“ allgemein akzeptiert ist in der Gesellschaft, lassen sich auch die hohen Energie- und Kraftstoffpreise politisch legitimieren. Dabei liegt die steuerliche Belastung bei Benzin schon über 60 Prozent und wird mit Anhebung der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr noch weiter steigen. Die politisch verursachten Belastungen der Stromkunden lagen wegen des EEG, der Konzessionsabgabe, den Abgaben für das Kraft-Wärme-Koppelungsgesetz und der Strom- bzw. Ökosteuern bereits ohne Mehrwertsteuer bei knapp 12 Prozent. Damit sind die Preisvorteile, die sich durch die Liberalisierung des Strommarktes ergaben, in wenigen Jahren von der Politik zunichte gemacht worden. Mit Sorge um den Standort Deutschland hat das wenig zu tun, eher mit einer ans Verantwortungslose grenzenden Unbekümmertheit mit den erwirtschafteten Werten der arbeitenden Bevölkerung.

Atomstrom ist derzeit mit 2 Cent je Kilowattstunde konkurrenzlos billig. Mithalten kann da nur die Braunkohle, fragt sich nur wie lange. Braunkohle

dürfte wegen des europäischen Emissionshandels an Attraktivität verlieren, weil zu erwarten ist, dass wegen der Schwierigkeiten der EU, das im Kyoto-Protokoll festgelegte Reduktionsziel zu erfüllen, sich die CO₂-Zertifikate spürbar verteuern werden. Auch ohne eine Verteuern wäre der deutsche Energiemix nach Berechnungen des Energieexperten Helmut Alt ohne die Atomkraft dreimal so teuer wie mit Atomenergie.

Nur am Rande sei vermerkt, dass die neuerlich wieder so beliebten Spekulationen über den Einsatz von Wasserstoff im Straßenverkehr verschweigen, dass mindestens hundert neue Kernkraftwerke als Wasserstofflieferanten nötig wären, um den Bedarf zu decken. Wie man Wasserstoff erzeugen will, wenn es beim Atomausstieg bleibt, ist ein Geheimnis der Visionäre.

Jenseits von Visionen wäre es die zwingende Aufgabe der Großen Koalition, in der Energiepolitik zügig ein Umdenken einzuleiten und die Weichen in dieser verfahrenen Situation endlich richtig zu stellen. Angela Merkel mit ihrem naturwissenschaftlichen Verständnis, wäre dafür genau die richtige Frau.

Auch in einem anderen Punkt der Umweltpolitik muss die Regierung endlich Fehlentwicklungen korrigieren. Es ist höchste Zeit, die 1991 von Umweltminister Töpfer in volkspädagogischer Absicht „auf den Weg gebrachte“ Verpackungsverordnung zu entsorgen, denn sie hat nicht nur Verbraucher und Unternehmen belastet und geschröpft, sondern ist von der technischen Entwicklung längst überholt.

Inzwischen macht eine technisch ausgereifte vollautomatische Müllsortierung die private Mülltrennung völlig überflüssig. Die Rückkehr zum guten alten Ein-Tonnen-System würde der Regierung Merkel viele Sympathien eintragen, besonders wenn klar würde, dass die Deutschen neuerdings weniger für die Umwelt, als für einen amerikanischen Investor sortieren. Letzteres war natürlich scherzhaft gemeint, obwohl man befürchten muss, dass dieses Argument bei dem derzeitigen Antiamerikanismus in Deutschland unschlagbar wäre.

Weiter sollte die im Juni 2005 abgelaufene Deponieverordnung „TA-Siedlungsabfall“ (TASi), welche die Ablagerung unbehandelter kompostier- und brennbarer Abfälle regelte, zum Anlass genommen werden, die Rahmenbedingungen des Entsorgungsmarktes strikt nach Wirtschaftlichkeit auszurichten. In den vergangenen Jahren stiegen die Müllgebühren trotz sinkenden Müllaufkommens stetig.

Die Müllverbrennung hat im letzten Jahrzehnt eine kleine technische Revolution durchgemacht, so dass die wesentlichen Argumente der Verbrennungsgegner unwirksam geworden sind. Eine thermische Verwertung von Abfällen ist auch aus energiepolitischen Gründen wünschenswert. Besonders das kostengünstige und energiepolitisch sinnvolle Trockenstabilisierungsverfahren zur Erzeugung von Ersatzbrennstoff, das in der Vergangenheit auf Grund von Interessensverwicklungen von CDU-Politikern und Grünem Punkt gehemmt wurde, sollte endlich eine Chance bekommen. Vielleicht ist die erfolgte Privatisierung des „Dualen Systems Deutschlands“

(DSD) da hilfreich, ebenso wie die Überlegung, dass Trockenstabilat zu 60 Prozent aus nachwachsenden Rohstoffen besteht und deshalb nach geltendem Recht nur zu 40 Prozent in die betriebliche CO₂-Bilanz eingeht.

Die Regelungswut unserer Politiker wird höchstens noch von der EU übertroffen.

Seit 2005 gibt es neues Ungemach, das sich beim näheren Hinsehen aber als Schimäre entpuppt. Die Rede ist von der Feinstaubbelastung unserer Luft. Seit Inkrafttreten der EU-Feinstaubrichtlinie gab es jede Menge hysterischer Berichterstattung wegen ihrer Überschreitung und Klagen betroffener Bürger, die Gefahr für Leib und Leben sehen. Dabei geht völlig unter, dass die Luft, die wir im Freien und in unseren Wohnungen atmen, so rein ist, wie kaum jemals vorher in der Geschichte der Menschheit, und paradoxerweise für unsere Äcker bereits zu sauber ist. Pflanzen leben buchstäblich von Feinstäuben, denn sie enthalten die benötigten Nährstoffe.

So fehlt es den Böden an Schwefel, weil unsere Rauchgasentschwefelung inzwischen äußerst effektiv ist. Der Schwefel muss nun durch Kunstdünger eingebracht werden, damit Mangelerscheinungen wie das Ausbleichen der Rapsblüten verhindert werden kann. Eine feinstaubfreie Welt dürfte sich deshalb für den Menschen als problematischer erweisen, als es die Überschreitungen der EU-Richtlinie heute ist. Auch mit der EU-Feinstaubrichtlinie wurde somit des Guten zu viel getan. Sie liegt so niedrig, dass sie leicht durch natürliche Quellen überschritten werden kann. Dabei ist noch nicht einmal zweifelsfrei geklärt, welche Feinstaubkomponenten überhaupt gesundheitsschädlich sind.

Das hält die Politik keineswegs vom Aktionismus ab.

Die noch von Umweltminister Trittin als Reaktion auf die Feinstaubhysterie forcierte Einführung von Russfiltern hatte als einzige „nachhaltige“ Wirkung eine Verunsicherung der Verbraucher zur Folge. Erst war den Autofahrern aus Kostengründen die Anschaffung von Dieselfahrzeugen nahe gelegt worden. Nun haben dieselben Autofahrer Schwierigkeiten, ihren Diesel wieder zu verkaufen, wenn er nicht mit Russfiltern ausgerüstet ist. Leider haben wir es mit einem sich wiederholenden Muster zu tun: Die Zeche für politische Fehlentscheidungen zahlt immer der Bürger, sei es als Verbraucher oder als Steuerzahler.

Das Zwangspfand ist ein weiteres Beispiel dafür, dass alles schief geht, was nur schief gehen kann. Ob Mehrwegverpackungen, besonders wenn sie aus Glas sind und über weite Strecken transportiert werden müssen, den Einwegverpackungen wirklich ökologisch überlegen sind, darf nach neuesten Studien bezweifelt werden. Trotzdem hält die Politik um jeden Preis daran fest.

Mit der Pfandverordnung setzte Umweltminister Trittin eine Richtlinie um, die unter Klaus Töpfer entstanden war. Zwar war die vor über zehn Jahren befürchtete Entwicklung von riesigen Müllbergen nicht eingetreten, sind die Müllsortierungstechniken und die Müllverbrennung doch so ausgereift, dass es umweltfreundlicher und ökonomischer wäre, den Müll wieder in einer Tonne zu entsorgen und zu verbrennen, statt ihn umständlich per Hand zu trennen und

energieaufwändig zu recyceln. Allerdings sorgen politische Verordnungen dafür, dass sich diese Botschaft nur schwer durchsetzen kann.

Politik und Bürokratie wirken längst störend auf den Austausch von Informationen und Ideen, sowie auf die Etablierung neuer ökonomischer Verfahren. In Deutschland ist die Politik inzwischen zum Hemmschuh für die weitere wissenschaftlich-technische Entwicklung geworden.

Die gegenwärtige Pfandpraxis führt nicht nur zu einem Anstieg der Einwegverpackungen, die sie verhindern sollte, sie könnte auch eine Verdrängung der umweltfreundlichen Getränkekartons aus nachwachsenden Rohstoffen hervorrufen. Die Handelsketten, die sich anfangs sehr gegen die Einführung des Zwangspfandes gewehrt haben, konnten mittlerweile feststellen, welche unerwarteten Gewinne ihnen durch die Verordnung zugeflossen sind. Viele Menschen haben nämlich genervt von dem Durcheinander, das damit erzeugt wurde, dass man seine Flaschen nur dort zurückgeben konnte, wo man sie gekauft hatte, auf ihr Pfandgeld ganz verzichtet.

Auch nach Beseitigung der größten Missstände bei der Pfandrücknahme sind es viele Menschen leid, immer mehr leere Pfandbehälter erst zu Hause lagern und dann bewegen zu müssen. Das hat beim Handel zu der Überlegung geführt, in Zukunft nur noch Pfandgebilde anzubieten. Damit wäre das Gegenteil von dem erreicht, was die Politik eigentlich bezweckte: eine Bevorzugung der aus Öl hergestellten Plastikflasche gegenüber Getränkekartons aus nachwachsenden Rohstoffen. Die Politik war nun freilich in dem Dilemma, dass die Pfandpflicht nach der Einführung teurer Rücknahmesysteme kaum noch rückgängig zu machen ist. Also wurde ab 1. Mai 2006 eine Neuregelung der Pfandverordnung eingeführt. Nun endlich kann der Verbraucher seine Flaschen und Dosen fast überall wieder loswerden, vorausgesetzt, sie sind nicht verbeult, das Etikett ist nicht verschmutzt oder der Strichcode aus einem anderen Grund nicht lesbar.

Für diese „Annehmlichkeit“ muss er allerdings tief in die Tasche greifen. Die neuen Bestimmungen erfordern vom Einzelhandel Anfangsinvestitionen von 1,5 Milliarden Euro für Berechnungssysteme der fälligen Ausgleichszahlungen, neue Rücknahmeautomaten und neue Kennzeichnungen. Die laufenden Kosten werden pro Jahr auf 100 Millionen Euro geschätzt. Das bedeutet eine Erhöhung um etwa 10 Cent je Flasche oder Dose. Wer kann da noch sagen, dass ihm die Ideen unserer Politiker nicht teuer sind?

Da die Verpackungsverordnung inzwischen durch eine EU-Richtlinie „nachhaltig“ gemacht worden ist, kommt die strikte Beschränkung des deutschen Rechts auf die EU-Vorgaben einer Vereinfachung und Abmilderung gleich. Nur ist das geringere Übel immer noch ein Übel. Auch in ihrer mildesten Form ist die Verpackungsverordnung neben der finanziellen Belastung für die Bürger ein Hemmnis für Innovation und neue Geschäftsmodelle.

Die Verpackungsverordnung ist ein anschauliches Beispiel dafür, welche Tücken das allseits beliebte Vorsorgeprinzip enthält. Vorsorge bedeutet zu handeln, bevor befürchtete negative Folgen eintreten können. Aber niemand

kann die Entwicklung wirklich voraussagen. Deshalb erweisen sich Vorsorgemaßnahmen allzu oft als verfehlt und hemmend für Entwicklung.

- Es gibt politischen Widerstand
- gegen Gentechnik
- gegen Kernenergie
- gegen neue Chemikalien
- gegen Kunststoffe und Materialien, die sich schwer entsorgen lassen
- gegen Chlorchemie
- gegen Kernenergie.

Doch die Hoffnung, mit Tabus Entwicklung steuern zu können, ist trügerisch. Andere Länder, auch europäische, forschen selbstverständlich weiter. Davon werden sie sich auch nicht von Umweltminister Gabriel abhalten lassen, der glaubte, am 20. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe den weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie fordern zu müssen. Damit hat er sich lächerlich gemacht. Überall auf der Welt entstehen neue Kernkraftwerke, während Deutschland die bisher sicherste Kernkrafttechnik der Welt einfriert.

Eine ausgemachte Ironie der Geschichte ist es beispielsweise auch, dass es ohne die verteuerte Chlorchemie gar keine Solarenergieerzeugung gäbe, weil die auf hochreines Silizium angewiesen ist.

Im Übrigen stärkt jede politische Beschränkung in Forschung und Wissen, im Handel und bei Waren und Dienstleistungen indirekt die so gefürchteten multinationalen Unternehmen. Sie sind für diese Unternehmen ein Anlass, den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Know how intern zu betreiben. Auf diese Weise wird den Staaten, die sich protektionistisch verhalten, das Wasser abgegraben. Wahrscheinlich müsste sich eine kluge Wirtschaftspolitik darauf beschränken, die Produktion von Wissen voranzutreiben, Erfindungen und Neuerungen zu fördern und so Talenten Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

Die Chemikalienverordnung der EU „Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals“, kurz REACH, ist ein weiteres Beispiel dafür wie sich die bürokratische Fesselung von Unternehmen bedrohlich auf den Standort auswirkt. Aus der ursprünglichen Idee, die zersplitterte Chemikalienordnung durch REACH zu vereinfachen, ist ein wahres bürokratisches Monstrum erwachsen. Zwar wurden 40 bestehende Regelungen zusammengefasst, doch hat die neue Verordnung einen Umfang von mehr als 1.200 Seiten. REACH betrifft alle Verwender von chemischen Stoffen, also das gesamte produzierende Gewerbe und den Handel. Die geplante Registrierung einer Chemikalie erfordert Datenanforderungen, Entwicklung von Bewertungsverfahren, Vorregistrierung, verschiedene Voranfragepflichten sowie diverse Meldepflichten, die zum Teil doppelt zu erfüllen sind, weil sie gleich mehrere Kategorien betreffen.

In Folge werden alle in der EU hergestellten Chemikalien teurer. Das bringt Import-Chemikalien einen erheblichen Wettbewerbsvorteil, da diese nicht von den REACH-Regelungen betroffen sind. Die Registrierung kann zu Preissteigerungen bis zu 100 Prozent führen, und man schätzt, dass etwa 20 - 40

Prozent der heute verfügbaren Stoffe vom europäischen Markt verschwinden werden.

Die bürokratischen Belastungen treffen vor allem kleine und mittelständische Unternehmen. Denn die Registrierungskosten sind auch bei geringem Umsatz so hoch wie für Großbetriebe, und das Verfahren ist mit 5 bis 12 Monaten sehr zeitaufwendig. Das behindert besonders den Markteintritt neuer Stoffe. Daneben ist der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen durch verschiedene Informationspflichten nicht mehr umfassend gewährleistet.

Unter diesen Umständen rechnen 43 Prozent aller Unternehmen mit sinkenden Umsätzen und werden ihre Produktion in den wesentlich weniger dicht geregelten US-amerikanischen oder asiatischen Raum verlagern. Seit Jahren wirbt besonders China mit günstigen Standortbedingungen um die Chemiebranche. Ob Deutschland sich unter diesen Bedingungen noch lange auf dem dritten Platz der Weltchemieproduktion behaupten kann, ist mehr als fraglich. Bisher hat die Politik die Brisanz des Problems noch nicht erkannt. Es wird Zeit, dass sich das ändert.

Ein besonders groteskes Beispiel politischer Fehlsteuerung ist die von der grünen Umweltministerin Renate Künast verordnete Änderung der Legehennenhaltung. Jahrelang wurde den Verbrauchern weiß gemacht, Eier aus der Freilandhaltung seien generell besser als die aus der Käfighaltung. Es wurde weder Steuergeld noch Mühe gescheut, um auch den letzten Eierkäufer zu überzeugen, dass er Produkte von glücklichen Hühnern zu bevorzugen habe. Dabei war Fachleuten längst bekannt, dass Eier aus der Freilandhaltung höher belastet sind, als solche aus der Käfighaltung. Zwar gewinnt eine Käfighenne am Ende ihres Lebens keinen Schönheitswettbewerb mehr, sie hat aber weniger Medikamente bekommen als ihre „glücklichen“ Freilandgenossen, und Kannibalismus, wie er unter Freilandhühnern vorkommt, ist im Käfig viel seltener.

Erst als in den Medien die hohe Dioxinbelastung von Freilandeiern thematisiert wurde, bekam das schöne heile Ökobilde Risse. Das hielt das Verbraucherschutzministerium nicht davon ab, die ökologische Landwirtschaft weiter als Heilsbringer der Nation zu preisen. Es blieb nicht bei Worten. Es wurden Förderprogramme aufgelegt, damit Landwirte ihre Haltungsformen umstellen und die Freilandhaltung intensivieren.

Landwirte, die sich mit der Umstellung beeilt haben, waren die ersten, die Schwierigkeiten bekamen, als wegen der Vogelgrippe zeitweise die allgemeine Stallpflicht wieder eingeführt wurde. Wegen der Vogelgrippe wird die Legehennenverordnung noch mal überdacht werden müssen.

Besser wäre es gewesen, ideologiegesteuerte Politik von vornherein zu vermeiden und mehr Fachleute zu Rate zu ziehen.